

# Erläuterungen zu Kapitel 6 - Verbotene Waffen und Munition

## Verbotene Waffen (§ 2 III WaffG, Anlage 2 zum Waffengesetz, Abschnitt 1)

In § 2 III WaffG ist die generelle Verbotsliste für Waffen und Munition verankert. Der Umgang mit den genannten Gegenständen ist in jeder Form verboten. Eine wichtige Ausnahme stellt § 40 III WaffG dar, wonach Jägern oder Angehörigen von pelz- und lederverarbeitenden Berufen der Gebrauch eines Faustmessers erlaubt ist, welches in der Liste der verbotenen Gegenstände zu finden ist. Bei der Zuordnung zu den verbotenen Waffen oder Gegenständen ist z. B. die Zweckbestimmung, die objektive Gefährlichkeit, die Bedrohungswirkung, aber auch die Häufigkeit der missbräuchlichen Verwendung von Bedeutung.

Verboten sind danach alle Waffen, die in der Kriegswaffenliste genannt sind und ihre Kriegswaffeneigenschaft verloren haben (d. h. Waffen, die nach alter Gesetzeslage in der Kriegswaffenliste enthalten waren und durch die neue Regelung daraus gestrichen wurden, werden automatisch der Liste der verbotenen Waffen zugeordnet).

Ausgenommen hiervon sind halbautomatische tragbare Schusswaffen, sogenannte „Halbautomaten“. Darunter versteht man Selbstladewaffen, bei denen beim Schuss durch den Rückstoß oder Teile der Verbrennungsgase das Auswerfen der abgefeuerten Hülse und der Nachladevorgang aus dem Magazin durch einmaliges Betätigen des Abzuges selbsttätig ausgelöst wird. Es darf durch das einmalige Betätigen des Abzuges nur ein Schuss ausgelöst werden. Nach § 19 I Nr. 2 c BJagdG darf das Magazin nicht mehr als zwei Patronen fassen. Der unerlaubte Umgang mit den genannten Waffen stellt ein Vergehen nach § 52 I Nr. 1, IV WaffG dar.

Des Weiteren fallen unter die verbotenen Waffen Schusswaffen oder ihnen gleichgestellte tragbare Gegenstände (§ 1 II WaffG).

Ein Verbrechenstatbestand nach § 51 WaffG verwirklicht derjenige, der Umgang mit einem sogenannten „**Vollautomaten**“ hat. Darunter versteht man Langwaffen, bei denen nach einem Schuss durch Rückstoß oder einen Teil der Verbrennungsgase der Nachladevorgang aus einem Magazin, das Auswerfen der abgeschossenen Hülse und der nächste Schuss selbsttätig ausgelöst werden. Das Schießen dauert solange, bis der Abzug der Waffe losgelassen wird oder das Magazin leergeschossen ist. Vollautomatische Langwaffen, häufig als Schnellfeuerergewehre oder Sturmgewehre bezeichnet, können als Gasdrucklader oder Rückstoßlader konstruiert sein. Ein Verbrechen nach § 51 WaffG begeht auch derjenige, der Umgang mit Vorderschaftrepetierflinten hat, bei denen anstelle des Hinterschaftes ein Kurzwaffengriff vorhanden ist oder die Waffengesamtlänge in der kürzest möglichen Verwendungsform weniger als 95 cm oder die Lauflänge weniger als 45 cm beträgt.

Weniger schwerwiegend ist der verbotene Umgang mit **Schusswaffen, die einen anderen Gegenstand vortäuschen oder mit Gegenständen des täglichen Gebrauchs verkleidet** sind. Es handelt sich hierbei um ein Vergehen nach § 52 III Nr. 1 IV WaffG. Die besondere Gefährlichkeit dieser Gegenstände liegt in ihrem Überraschungseffekt.

Mit der gleichen Rechtsfolge hat zu rechnen, wer verbotenerweise Umgang mit **Schusswaffen** hat, **die über den für Jagd- und Sportzwecke allgemein üblichen Umfang hinaus zusammengeklappt, zusammengeschoben, verkürzt oder schnell zerlegt werden können** („Wilddiebsgewehr“). Ihre Gefährlichkeit besteht auch z. B. darin, dass sie bei Attentaten verwendet werden können.

Zubehör für Schusswaffen (Ausnahme, wenn die folgenden Teile bis zum 01.09.2021 bei der Behörde angemeldet werden oder eine Ausnahmegenehmigung beantragt wird)  
Verboten sind Wechselmagazine für Kurzwaffen für Zentralfeuermunition sind, die mehr als 20 Patronen aufnehmen können; und Wechselmagazine für Langwaffen für Zentralfeuermunition, die mehr als zehn Patronen aufnehmen können.  
Verboten sind auch halbautomatische Kurzwaffen für Zentralfeuermunition, die über ein eingebautes Magazin mit einer Kapazität von mehr als 20 verfügen; und halbautomatische Langwaffen für Zentralfeuermunition, die über ein eingebautes Magazin mit einer Kapazität von mehr als zehn Patronen verfügen.

Verboten ist auch der Umgang mit **für Schusswaffen bestimmten Gegenständen, die das Ziel beleuchten**. Auch dieses verbotswidrige Verhalten stellt ein Vergehen nach § 52 III Nr. 1 IV WaffG dar. Die betreffenden Vorrichtungen müssen zum Anstrahlen des Zieles und nicht der Zieleinrichtung dienen und für Schusswaffen bestimmt sein. Handscheinwerfer oder Reparaturlampen für KFZ fallen nicht darunter. Ihre Gefährlichkeit in der Hand von Wilderern ist in der erheblichen Bedrohung nicht nur des Wildbestandes, sondern auch der Jagdberechtigten und mit dem Jagdschutz beauftragten Personen zu sehen.

Auch **Nachtzielgeräte** fallen darunter. Dies sind Geräte, die unsichtbare Strahlen (z. B. Infrarotstrahlen oder Ultrakurzwellen) über elektronische Verstärkung oder einen Bildwandler für das Auge sichtbar machen. Es muss eine Montagevorrichtung für Schusswaffen vorhanden sein und das Gerät muss dazu bestimmt sein, an der Waffe angebracht zu werden. Zu den Nachtzielgeräten zählen auch **Nachtsichtvorsätze** oder **Nachtsichtaufsätze** für Zielhilfsmittel (z. B. für Zielfernrohre). Ausnahmen für Jagdscheininhaber siehe WR 14.1.

Zu den **verbotenen tragbaren Gegenständen** nach § 1 II Nr. 2 a WaffG i. V. m. Anlage 2 zum WaffG Abschnitt 1 Nr. 1.3. zählen beispielsweise **Hieb- und Stoßwaffen**, die ihrer Form nach geeignet sind, einen anderen **Gegenstand vorzutäuschen oder mit Gegenständen des täglichen Gebrauchs verkleidet** sind (z. B. Kugelschreiberstilet) sowie Stahlruten, Totschläger, Wurfsterne, Molotow-Cocktails (Nr. 1.3.4.), Elektroimpulsgeräte, Präzisionsschleudern. Der Umgang mit den genannten Gegenständen stellt ein Vergehen nach § 52 WaffG dar.

Zu den verbotenen tragbaren Gegenständen nach § 1 II Nr. 2 b WaffG i. V. m. Anlage 2 zum WaffG Abschnitt 1 Nr. 1.4. gehören **Spring- und Fallmesser, Faustmesser** (Einschränkung des Verbots nach § 40 III WaffG. Danach dürfen Jäger und Angehörige von leder- oder pelzverarbeitenden Berufen, abweichend von § 2 III WaffG, Umgang mit Faustmessern haben, wenn sie dies zur Ausübung ihrer Tätigkeit benötigen), **Faltmesser und Tierabwehrgeräte**, z. B. Elektroimpulsgeräte. Der unerlaubte Umgang mit den genannten Gegenständen stellt ein Vergehen nach § 52 III Nr. 1, IV WaffG dar.